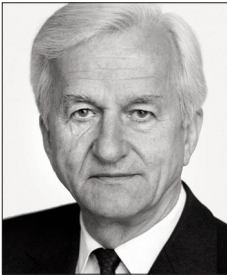




DER ÜBERSEE-CLUB e.V.



DR. RICHARD VON WEIZSÄCKER

Regierender Bürgermeister von Berlin

»Von Berlin aus gesehen«

Aufgaben deutscher und internationaler Politik

7. JANUAR 1982



Es ist eine Auszeichnung für einen Berliner, nach Hamburg eingeladen zu werden. Das Selbstbewußtsein der Hamburger und der Berliner ist unterschiedlich, aber doch in beiden Fällen groß genug, um sich nicht auf den Rat oder das Beispiel des anderen angewiesen zu fühlen. Dennoch ergreife ich gern die mir großzügig und liebenswürdig gebotene Gelegenheit, um über einige innen- und außenpolitische Themen zu Ihnen zu sprechen, so wie man sie von Berlin aus sieht. Ich möchte, ehe ich etwas ausführlicher auf außenpolitische Fragen komme, zum Bereich der Innenpolitik einige Bemerkungen machen. Es geht dabei nicht um eine Aufzählung der wichtigsten Berlin-Probleme – weder um das aktuellste, nämlich ob Granulat dem Salz überlegen ist oder nicht, noch um das wichtigste, nämlich wie wir mit den Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Beschäftigungspolitik fertig werden. Es geht auch nicht um dasjenige Thema, das uns vermutlich zeitlich am längsten begleiten wird: Die Frage, wie es mit der Integration unserer ausländischen Mitbürger wird. Schließlich geht es nicht um das Problem der Hausbesetzer, welches vielleicht im Jahre 1981 als das spektakulärste und irrtümlicherweise auch als das wichtigste erschienen ist. Vielmehr möchte ich Ihnen einige Beobachtungen über die Entwicklung unserer demokratischen Gesellschaft vortragen.

I. Subsidiarität und Gemeinsinn

Die erste Beobachtung bezieht sich darauf, daß wir – wie so oft im Leben – uns einer großen Aufgabe gegenübersehen, sie gar nicht so schlecht gelöst haben, aber mit der Beseitigung alter Mißstände zugleich neue geschaffen haben. Ein zentrales Ziel unserer demokratischen Gesellschaft ist soziale Gerechtigkeit. In 36 Nachkriegsjahren haben wir dabei große Fortschritte gemacht, aber um den Preis neu heraufziehender Gefahren. Auf eine kurze Formel gebracht: Die Politik in unserer Demokratie läuft Gefahr, die Selbstverantwortung und den Gemeinsinn zu erdrosseln und zu „verstaatlichen“. Dem gilt es durch eine Politik der Subsidiarität, der Selbsthilfe, der Bürgerverantwortung und des Bürgersinns korrigierend entgegenzutreten. Am Anfang der Nachkriegszeit gab es wenig Raum für staatliche Leistungen. Da gab es viel Selbsthilfe, Nachbarschaftsunterstützung, Initiative freier Träger und Improvisation. Wer über einen starken Willen verfügte, wer eigene Kräfte hatte, wer die Mittel besaß oder eine Familie, gute Freunde und gar eine Heimat sein eigen nennen konnte, der kam am besten zurecht. Auf diesem Weg wurde auch den Schwachen geholfen, wenn auch nicht immer ausreichend und nicht immer früh genug. Es gab eine Solidarität, die wirklich verspürt wurde, auch als sie in staatliche, das heißt vor allem gesetzgeberische Regie übernommen wurde. Diese Solidarität wurde etwa bei der Aufgabe der Eingliederung der Heimatvertriebenen und des Lastenausgleichs wirklich von Nehmenden und Gebenden empfunden. Die Sozialversicherung, uns allen wohlbekannt als ein vorbildliches System der Sicherung der Schwachen – vorbildlich beinahe für die ganze Welt –, hat uns in diesen ersten Jahrzehnten stark beschäftigt.

Aber allmählich hat sich das Bewußtsein der Menschen verändert. Die Gemeinschaftshilfe für den Schwachen kommt im eigenen Bewußtsein kaum noch vor. Dagegen sehen wir heute um so häufiger, daß immer mehr Ansprüche aller und jedes einzelnen gegen den Staat gestellt werden. Das, was von Solidarität in unserem Bewußtsein übrigblieb, sind im wesentlichen die Abzüge, die auf dem Lohn- und Gehaltszettel für Steuern und Sozialabgaben auftreten. Systemkonform verhält sich offenbar der, der aus diesem System möglichst viel herausholt, nicht der, der sich noch einen Rest von Gemeinsinn bewahrt, der ja in diesem System ebenfalls steckt. Die eigenen inneren Kräfte des Menschen, seine Initiative, seine von Hause aus ja nicht fehlende Bereitschaft zur Selbstverantwortung und Mitverantwortung treten zurück. Der Staat übernimmt mehr und mehr Leistungen. Dem einzelnen bleibt im wesentlichen seine Kraft für seinen privaten Bereich: Seinen Beruf, seinen Verdienst, die Freizeit und die Vertretung seiner Interessen. Wir können das auf vielen Gebieten beobachten, nicht nur im Bereich der Gesundheitspolitik und der Sozialversicherung. Ein Beispiel, das sich – zumal in Berlin – besonders aufdrängt, ist das der Erziehung der eigenen Kinder.

Meine Damen und Herren! Es ist nicht meine Aufgabe, hier eine Rede zu halten, die sich im wesentlichen nach parteipolitischen Linien orientiert. Aber man kann ja keine politische Stellungnahme von sich geben, ohne auch Position zu beziehen. Und Position zu beziehen, ohne dabei parteipolitische Kontroversen auch nur von ferne zu streifen, ist kaum möglich.

Was den Bereich der Familienpolitik und der Kindererziehung anbetrifft, so haben wir gerade in Berlin einen Anschauungsunterricht für die generelle Entwicklung, von der ich sprach. Natürlich gibt es Fehler, die sich in der Erziehung der Kinder durch die dazu zunächst berufenen Menschen zeigen. In vielen Familien besteht ein Mangel an Einsicht und Kenntnis darüber, was man wissen muß, wenn man eigene Kinder erzieht. Alle Eltern, selbstverständlich ich eingeschlossen, mußten und müssen erst einmal etwas lernen, wenn sie eigene Kinder erziehen wollen. Das ist vielfach unzureichend entwickelt. Und die von mir geschilderte Tendenz der Übernahme von verantwortlichen Aufgaben durch die Gesamtgesellschaft und den Staat hat auch im Verhältnis zwischen Eltern und Kindern dazu geführt, daß häufig Eltern zunächst an die Befriedigung ihrer eigenen Interessen, auch ihrer eigenen materiellen Interessen denken und sich deshalb nicht immer gut qualifizieren für die Aufgabe der Kindererziehung.

Auch das Verhältnis von Mann und Frau stellt zusätzliche Probleme im selben Zusammenhang. Es gibt im Empfinden unserer heutigen Zeit unzumutbare Rollenabhängigkeiten für die Frau. Ihnen wurde und wird entgegengearbeitet. Das hat zwar einerseits zu einer gewaltigen Vermehrung der Ausbildung und der Berufstätigkeit der Frau geführt, aber es hat sich andererseits auch zu Lasten des Wunsches der Eltern nach Kindern ausgewirkt und hat zudem die Bereitschaft verringert, eigene Erziehungsverantwortung für Kinder zu übernehmen. Diese Schwächen sind unübersehbar. Demgegenüber hat der Staat – und ich rede im wesentlichen vom Anschauungsmaterial aus Berlin – sich dieser Mängel zuwenig angenommen und versäumt, sie abzustellen. Er hat sozusagen aus der Not eine Tugend gemacht. Es wurde erklärt, daß die Kindererziehung ohnehin primär Aufgabe der Gesamtgesellschaft sei. Ich will nicht auf die Familienberichte zurückkommen, die so oft und vielfach auch polemisch in die Debatte eingeführt worden sind. Es ist unbestreitbar, daß der Staat wenig von den Eltern fordert und wenig zu ihrer Förderung getan hat. Es fehlte die rechtzeitige Einführung materieller Hilfen für diejenigen Eltern, die bereit und in der Lage waren, ihre Kinder selber zu erziehen. Anstatt zu einer Zeit, wo noch hinreichende Vollbeschäftigung bestand, dafür zu sorgen, daß eine Mutter, die sich für ein paar Jahre zur Erziehung ihrer Kinder aus dem Beruf herausbegibt, auch die Möglichkeit erhält, wieder in den Beruf einzutreten, wurde die These von dem ganz vernünftigen allmählichen Übergang der Erziehungsaufgabe von den Eltern und Familienangehörigen auf den Staat und die Gesamtgesellschaft gepredigt und zum politischen Programm erhoben.

Wir haben in Berlin Kindertagesstätten, wie man sie überall antrifft. Wir brauchen sie auch für diejenigen Kinder, die keine Eltern haben, oder solche, die nicht in der Lage sind, sie verantwortlich aufzuziehen. Aber anstatt diese Kindertagesstätten in den ersten Jahren des Lebens eines Kindes auf diejenigen Fälle zu beschränken, wo es wirklich nötig war, ging die Politik dazu über, aus Notfällen Normalfälle zu machen. Das führte dazu, daß ein Kinderkrippenangebot für 25 Prozent eines ganzen neugeborenen Kinderjahrganges eingerichtet wurde und daß Kinderkrippen und Kindertagesstätten zum Nulltarif angeboten wurden. Mit Hilfe einer dazu verbreiteten politischen Programmatik wurde den Eltern förmlich nahegelegt, daß es gar nicht so schlimm wäre, wenn sie Schwierigkeiten mit der Erziehung hätten, und daß es auf die Dauer ohnehin der richtige Trend sei, wenn die Kinder nach der siebten Lebenswoche in die Obhut des Staates oder der Gesamtgesellschaft übergehen würden. Das ist das krasseste mir bekannte Beispiel für den Übergang einer eigenverantwortlichen Tätigkeit auf Staat und Gesamtgesellschaft. Es ist ein Beispiel dafür, wie den Eltern nur noch die biologische Funktion verbleibt, aber die nachfolgende Verantwortung abgenommen wird. Dies ist ein gefährlicher Trend. Er geht zu Lasten der Kinder, denn niemand kann bestreiten, was die Kinderärzte uns nachweisen: Es treten lebenslange Schäden ein, wenn die Kinder in den ersten drei Lebensjahren nicht bei einem ihrer Elternteile regelmäßig bleiben können; zwar nicht immer, aber viel öfter bei Heimpflege, so liebevoll die Pflege dort auch sein mag. Ein gefährlicher Trend ist dies zudem, da die Familie gewissermaßen als ein chronisch schwerbeschädigter in unserer Gesellschaft behandelt wird, anstatt etwas dazu beizutragen, sie zu heilen, sie zu erziehen, sie herauszufordern und zu fördern. Schließlich werden durch diese Entwicklung – das ist vielleicht nicht das schlimmste, aber auch schlimm genug – die Staatsfinanzen überfordert.

Die Hilfe zur Selbsthilfe ist menschlich, demokratisch, führt zu Gemeinsinn und ist auch unter dem Aspekt der Staatsfinanzen eines der dringendsten Gebote unserer heutigen Zeit. Das gilt für die Kindererziehung und für den ganzen Bereich der Gesundheitspolitik. Wir haben heute Anzeichen dafür, daß die Menschen sich der Gefahren bewußt werden, die wir heraufbeschworen haben. Sie werden es letztlich gutheißen, wenn wir dazu übergehen, mehr Hauskrankenpflege als Krankenhauspflege zu betreiben. Denn wir müssen uns besser darüber klarwerden, daß – so notwendig soziale Gerechtigkeit in der Gesundheitspolitik in dem Sinne ist, daß nicht nur die Reichen Zugang zu den teureren Heilungsmethoden und -mitteln haben – dennoch kein Staat, seine Bürger gesund halten oder wieder gesund machen kann, wenn er sie nicht in erster Linie dazu erzieht, selbstverantwortlich mit ihrer Gesundheit umzugehen.

II. Konflikt, Kompromiß und Konsens

Meine zweite Beobachtung steht in engem Zusammenhang mit der ersten. Ein zentrales Ziel der Demokratie ist die aktive Mitwirkung der Bürger. Sie sollen ihre politischen Rechte wahrnehmen und nicht einfach über sich verfügen lassen. Da haben wir gewaltige Fortschritte gemacht. Heute wissen die Menschen genau, was ihre Interessen sind. Sie haben gelernt, ihre Ansichten zu vertreten, und haben auch große Fortschritte dabei gemacht, ihre Interessenvertretungen politisch wirksam zu organisieren.

Aber das Bewußtsein der eigenen Interessen und ihre Vertretung ist doch nur die eine Hälfte dessen, was wir in der Demokratie brauchen. Neben der Erkenntnis der Eigeninteressen steht die notwendige Erfahrung von ihrem Zusammenhang mit dem gemeinen Wohl. Neben der Einübung in die demokratischen Rechte steht die Einsicht in die demokratischen Pflichten. Neben der Fähigkeit zu erkennen, daß es unter Menschen immer Konflikte gibt und daß man ihnen auch nicht aus dem Weg gehen soll, muß auch die Erkenntnis stehen, daß eine Demokratie ohne Konsens nicht bestehen kann. Konsens heißt ja nicht Anpassung oder Gleichförmigkeit. Wer in einer großen Stadt lebt, in Hamburg, in Berlin oder anderwärts, der weiß doch, wie vielfältig die Lebensformen sind und in welch hohem Maß die Bürger in einer solchen Stadt innerlich dazu bereit sein müssen, andere Mitbürger nach ihrer eigenen Fassung leben zu lassen. Wir haben in Berlin wahrlich genügend Anschauungsunterricht für solche vielfältigen und oft auch einander entgegengesetzten Wünsche nach eigener Lebensgestaltung. Wir haben eine große alternative Bewegung, die nicht zuletzt dadurch liebenswert ist, daß sie nichts weniger als untereinander gleichförmig auftritt. Sie will Freiräume für ihre Lebensgestaltung. Und ich denke, es ist die Aufgabe einer Regierung, allen Bürgern solche Freiräume zu sichern. Und weil es für eine Mehrheit immer leichter ist, solche Freiräume für sich zu beanspruchen, muß es gerade auch die Aufgabe einer Regierung sein, einer Minderheit die Möglichkeit zu einer Eigengestaltung ihrer Lebensverhältnisse zu sichern.

Wir sollten, wenn wir es mit jungen Menschen, die sich „alternativ“ nennen, zu tun haben, bereitwillig akzeptieren, daß sie viele verständliche und ihnen gar nicht immer von Älteren nahegebrachte Wünsche für solche alternativen Versuche haben: Die Naturnähe, eine etwas anspruchslosere Lebensweise, einen überschaubaren, dezentralisierten Lebensbereich, Spontaneität, Gemeinschaftsgefühl, Kommunikation untereinander. Es ist doch gar nicht so furchtbar lange her, da hat man jungen Menschen in erster Linie vorgeworfen, sie seien gekennzeichnet durch eine übersteigerte Suche nach Individualismus. Heute sehen wir ein breites und tiefes Verlangen nach menschlich erlebbarer Gemeinschaft.

Natürlich denke ich in dem Zusammenhang auch an den Evangelischen Kirchentag hier in Hamburg im Juni 1981. Eine schier unübersehbar große Menge von jungen Menschen kam zusammen, und jeder, der sich unter ihnen bewegte, konnte doch mit Händen greifen, daß sie bei aller Unterschiedlichkeit in ihren Fragen des Glaubens oder der Politik und Gesellschaft nahezu alle auf der Suche nach Gemeinschaft waren. Eine solche Gemeinschaft finden junge Menschen heute in ihrem täglichen Leben oft zu wenig. In der „Fernsehfamilie“, in der Schule oder am Arbeitsplatz gibt es sie nicht.

Unsicherheit im persönlichen Leben und Hunger nach Gemeinschaft sind aber auch die Folge eines entweder einseitigen oder überforderten Bildungssystems. Wir haben dieses Bildungssystem zwar für alle geöffnet, und das war richtig und notwendig. Aber in diesem zahlenmäßig soviel größeren Apparat unserer Bildungseinrichtungen wurde und wird oft allzu einseitig Kopfwissen vermittelt. Nicht zum Zusammenleben wird in erster Linie erzogen, sondern einseitig zur kritischen Distanz unter Menschen. Daraus müssen wir Konsequenzen ziehen; denn es gilt ja nicht primär gegen andere, sondern mit anderen leben zu lernen, was sehr viel schwieriger ist. Wenn Alternativsein gegenüber anderen zu etwas weniger Neid führte, wenn Anderssein und nicht Mehrsein die Maxime alternativer Nachbarschaft würde, wer wollte sich darüber beklagen? Wenn es stimmt, was ich in meinem ersten Gedankengang vortragen wollte: Daß es darum geht, die Person vor das Kollektiv zu stellen, daß die soziale Hinwendung zwischen Menschen den Vorrang vor einer staatlich organisier-

ten Versorgungsbürokratie hat, dann haben doch auch „alternative“ junge Menschen recht, wenn sie die kleine und überschaubare Struktur an die Stelle großer und anonymer Lebens- und Arbeitseinheiten stellen wollen.

Insoweit meine ich, daß junge Menschen ein Recht auf die freie Suche nach ihrer eigenen Lebensgestaltung haben. Aber sie scheiden damit aus dem Gemeinwesen nicht aus. Es bleiben Bedingungen übrig, die auch sie für ihr alternatives Leben respektieren müssen. Ich denke etwa im Zusammenhang mit der Sozialversicherung an die Solidargemeinschaft der erwerbstätigen Arbeitnehmerschaft. Davon kann man sich nicht ausschließen. Man kann sich nicht von den Leistungen der Arbeiter und Angestellten finanzieren lassen, zu denen man sich im übrigen nicht rechnet. Wer unter dem Schutzdach des Sozialrechts und der Sozialversicherung lebt, muß auch die andere Hälfte der Bedingungen zur Konstruktion und zur Erhaltung dieses Schutzdachs mitzutragen bereit sein. Und daran fehlt es bei vielen. Selbsthilfegruppen sind gut, aber wenn sie sich zum Beispiel nur auf die eigene Altersgruppe und auf die eigene Gesinnungsgruppe beschränken, wer arbeitet dann eigentlich für die Alten und Kranken in unserer Gesellschaft im ganzen? Gemeinsinn heißt auch, für Alte, für Kranke und Schwache mitzuarbeiten, auch dann, wenn man sein Leben anders gestalten möchte, als die Mehrheit es tut.

Die „alternativ“ lebenden Bürger Berlins müssen ferner wissen und wissen es vielfach nicht (es ist nicht nur ihre Schuld, daß sie es nicht wissen), daß sie in ihrem Anderssein nur dann gegenüber einer anders denkenden Mehrheit geschützt werden können, wenn sie bereit sind, das für alle gemeinsam geltende Recht anzuerkennen. Ein geltendes Recht ist nie eine ewig dauernde statische Einrichtung. Wir stehen immer vor der Aufgabe zu prüfen, an welcher Stelle das Recht die Lebenswirklichkeit nicht mehr trifft und wo infolgedessen Vorstellungen der sozialen Gerechtigkeit zu einer Fortentwicklung dieses Rechts nötigen. Aber entscheidend ist, nicht zur Selbstjustiz überzugehen, sondern für die Änderung des Rechts auf dem Boden des durch die Verfassung vorgesehenen Verfahrens einzutreten. Und hier droht in unserer demokratischen Gesellschaft das Bewußtsein vom Weg des Rechts und der Gerechtigkeit gefährlich auszuweifen.

Wenn ein Hausbesetzer sagt: „Die Wohnungspolitik ist ungerecht; sie muß geändert werden; das öffentliche Bewußtsein muß in dieser Richtung geschärft werden!“: Wer wollte ihm da widersprechen, von Berlin her gesehen? Wenn ein Startbahngegner meint, man solle lieber zwei- oder dreimal darüber nachdenken, ehe man Bäume fällt: Warum soll man die Mahnung nicht hören und ernst nehmen? Aber bei uns ist eine Entwicklung im Gange, wo der Rechtsstaat sich über den Rechtswegestaat in eine Rechthabereigesellschaft weiterzuentwickeln droht. Da wendet sich dann der Bürger oder die kleine Gruppe zunächst an die Regierung, dann an die Parlamentsmehrheit, wenn er dort nicht recht bekommt, an den Petitionsausschuß oder an die Partei. Dann gründet er eine Bürgerinitiative, geht an das Gericht unterer Instanz, mittlerer Instanz, oberer Instanz und an das Verfassungsgericht. Er veranstaltet eine Demonstration ohne Gewalt und schließlich auch mit Gewalt. Es verbreitet sich das Gefühl: Gerechtigkeit herrscht in unserer Gesellschaft dann, wenn ich recht bekomme.

Wir haben gerade in Berlin wieder so einen Fall, einen „Miniatur-Startbahn-Fall“. Wir freuen uns auf eine baldige Autobahnverbindung mit Hamburg. Im allgemeinen stehen wir in Berlin unter dem Eindruck, daß es die DDR ist, die eine Mauer um Berlin herum baut, durch die wir durch wollen, die sie aber nicht öffnet. Und nun ist eine Vereinbarung geschlossen mit der DDR, wonach eine Öffnung durch diese Mauer geschaffen werden soll. Und die DDR ist fleißig dabei – freilich mit der Hilfe aus der Bundesrepublik –, ihre Verpflichtungen zum Bau der Anschlußstelle zu erfüllen. Wir in Berlin (West) sind aber möglicherweise nicht in der Lage, rechtzeitig mit unserem Anschlußbau in Heiligensee an die Stelle der Mauer zu kommen, da die üblichen Interessenkonflikte dies zu verhindern drohen. Der eine möchte eine alte Dorfstraße im Nordwesten von Berlin erhalten und sie nicht durch Lastwagen zerstören lassen. Infolgedessen möchte er gern, daß eine Straße durch den Tegeler Forst gebaut wird, und das kostet einigen Bäumen das Leben. Anderen sind diese Bäume wichtiger als die alte Dorfstraße. Und niemand von uns hat einen Maßstab in der Hand, um objektiv zu entscheiden, wer von beiden recht hat.

Aber die Demokratie beruht darauf, nicht objektive Gerechtigkeitsentscheidungen zu treffen, sondern ihr so nah wie möglich zu kommen, indem durch ein sorgfältiges Verfahren eine Mehrheit entscheidet und eine Minderheit den vollen Schutz der Grundrechte und der Gerichte hat.

In Berlin versuchen aber einige, nachdem alle Mehrheitsentscheidungen und alle Gerichtsentscheidungen getroffen sind, das Recht auf andere Weise zu suchen. Dazu wird dann zitiert: „Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht.“ Ich glaube, wir müssen lernen, daß Politik die Regelung widerstreitender Interessen ist. Politik besteht aus Konflikten und aus Streit, aber auch aus Entscheidung und Handlungsfähigkeit, aus der Bereitschaft, Kompromisse einzugehen, und aus der Fähigkeit, Frieden zu geben und nicht nur zu fordern.

Ich möchte noch zwei weitere Beispiele in dem Zusammenhang erwähnen. Ich bin oft in Schulen in Berlin und diskutiere dort mit Schülern aller Altersstufen. Neulich war ich mit einer Schulklasse zusammen, in der die Schüler zwischen zehn und dreizehn Jahre alt waren. Der Satz, den ich eben zitiert habe – „Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht“ –, den habe ich von einem etwa zwölfjährigen Schüler entgegengeschleudert bekommen. Im übrigen war es eine sehr nette Unterhaltung, und wir haben uns in kurzer Zeit verständigt. Im Grunde genommen gab der Schüler dann zu, daß er gar nicht wußte, wovon er sprach. Aber sein Lehrer wußte, wozu er diesen Schüler erzogen hatte. Und wenn Einsichten dieser Art, die wir – die Älteren unter uns – nun im „Dritten Reich“ wahrlich hart genug gelernt haben, wenn Einsichten dieser Art von ideologisierten Erziehern unmündigen und zum Verständnis der Inhalte dieser Dinge gar nicht fähigen Kindern eingebleut werden, wodurch unterscheiden wir uns dann eigentlich von unfreien Regimen, wodurch beziehen wir dann noch die Kraft der Freiheit, um uns korrigieren lassen zu können?

Ich habe neulich in der „alternativen“ „Tageszeitung“ einen Artikel gelesen: „Ein Jahr Häuserkampf in Berlin“. Dort schrieb ein Hausbesetzer, in der ersten Hälfte des Jahres 1981 habe ja ein Senat den Hausbesetzern die Besetzung eines neuen Hauses leichter gemacht als das „Klauen“ einer Sektflasche im Supermarkt. Dadurch habe man dieser Hausbesetzerbewegung eine Kraft suggeriert, die sie gar nicht gehabt habe. Es war gewissermaßen eine Klage gegen eine Art von permissiver Politik, gegen eine Politik, die sich – vielleicht aus noch so guten Motiven – nicht traut, sich hinzustellen und zu sagen: Jawohl, wir müssen auf dem Weg zur sozialen Gerechtigkeit Fortschritte machen; wir müssen revidieren, was wir als geltendes Recht haben, aber wir können es nur revidieren, wenn wir dazu auf dem Boden des geltenden Rechts bleiben. Hausbesetzern, die ein Haus besetzen und am selben Tag wieder herausgesetzt werden, widerfährt etwas, was sie durchaus erwarten und was sie auch innerlich akzeptieren. Aber wenn man sie erst einmal viele Monate drinnen läßt, dann entstehen ein neues Besitzstandsgefühl und neue politische Konflikte, mit denen man mit herkömmlichen Mitteln nicht mehr fertig werden kann. Ich sage das nicht, weil ich etwa der Meinung wäre, das Problem sei nicht lösbar. Ich glaube vielmehr, daß es im Abnehmen begriffen ist.

Es gibt in diesem Zusammenhang in einer anderen als meiner Partei eine Kontroverse, in der ein in dieser Partei hoch angesehener und auch von mir wegen seiner Qualitäten sehr geschätzter Mann, Professor Löwenthal, kritisiert: Wir müssen dieser alternativen Bewegung gegenüber zwar auf der einen Seite Verständnis für ihre Motive zeigen und daraus als Ältere etwas lernen, aber auf der anderen Seite mehr „Flagge zeigen“ in bezug auf unsere eigenen Überzeugungen.

Ich glaube, daß kein Grund besteht, auf diese Kontroverse mit Schadenfreude zu blicken, da wir letzten Endes alle lernen müssen. Wenn wir aber einer politisch organisierten alternativen Bewegung immer nur mit dem Argument begegnen: „Jawohl, wir verstehen eure Motive, und was ihr letzten Endes wollt, ist vollkommen richtig, und wir wollen im Grunde dasselbe auch!“, dann ist die Folge davon nicht, daß die „alternative“ Bewegung überflüssig wird und „integriert“ wird. Die Folge ist die genau umgekehrte. Auf diese Weise wird die Rechtfertigung und der Zulauf zu dieser Richtung größer. Ich sage noch einmal: Lernen müssen wir alle. Aber wir können dies nur, wenn wir eben auch einzusehen bereit sind, daß die Position des Rechts und des verfassungsmäßig vorgesehenen Weges zu seiner Fortentwicklung tatsächlich durchgesetzt wird. Sonst landen wir auf Irrwegen.

Wie sollen wir als Deutsche einen Beitrag zum Frieden in der Welt leisten können, wenn wir in der eigenen Gesellschaft immer unfähiger werden, untereinander Frieden zu geben?

III. Das Atlantische Bündnis und die Ost-West-Beziehungen

Meine Damen und Herren!

Ich komme damit zu meinen Bemerkungen über die Außenpolitik. Im Verhältnis zur Sowjetunion müssen wir uns die langfristige Entwicklung vor Augen halten. Dies gilt vor allem jetzt, im Zeichen des unser ganzes außenpolitisches Denken beherrschenden Stichworts Polen. Vor zwanzig Jahren hatte Chruschtschow angekündigt, sein Land werde bis 1980 den Westen auf allen wichtigen Gebieten einholen und überholen. Heute zeigt sich, daß das Gegenteil eingetreten ist. Der sowjetische Rückstand zum Westen hat sich in der Güterversorgung und in der Landwirtschaft, in der Wissenschaft und in der technischen Entwicklung eher vergrößert als verringert. Die Waffe der Ideologie ist stumpfer geworden, die Nationalitätenprobleme in der Sowjetunion nehmen zu, und über das Ausmaß der blockinternen Disziplinierungsaufgaben braucht kaum noch etwas gesagt zu werden. Polen ist der Beweis dafür, daß das kommunistische Herrschaftssystem trotz aller Machtmittel nicht stark genug ist, um den Freiheitswillen der Menschen zu unterdrücken.

Ein Erfolgserlebnis – und eines allein – hat die Sowjetunion in den letzten zwanzig Jahren gehabt: Militärisch hat Moskau gleichgezogen beziehungsweise den Westen überholt. Ich halte es für verständlich, wenn im Zuge der Sorgen über den Frieden manche Menschen in dieser Entwicklung eine besondere Gefahr sehen. Sie fragen, ob Moskau nicht diese Zeit eines relativen Vorsprungs nutzen wird, bevor der Westen den Vorsprung wieder wettmacht. In der Tat schickt sich der Westen an aufzuholen. Die Amerikaner haben ihre Lektion aus den siebziger Jahren gelernt. Am Anfang stand noch das große Konzept der Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung. In der Moskauer Grundsatzklärung vom Mai 1972 hatten sich die beiden Supermächte zum Gleichgewicht bekannt, gegenseitig Zurückhaltung zugesagt und sich vor allem verpflichtet, weder direkt noch indirekt einseitige Vorteile auf Kosten des anderen anzustreben. Breschnew hat sich gegenüber der deutschen Bundesregierung im Mai 1978 noch einmal feierlich zur annähernden Gleichheit und Parität bekannt. Im großen und ganzen hat sich der Westen und haben sich vor allem auch die Amerikaner an diese gegenseitigen Zusagen der siebziger Jahre gehalten. Die Sowjetunion dagegen hat diese Vereinbarungen gebrochen, im eurostrategischen Bereich in erster Linie durch die Aufrüstung mit der SS-20-Rakete, die eine mobile Erstschlagwaffe mit voller europäischer Reichweite ohne Gegengewicht auf westlicher Seite ist und einen massiven einseitigen Vorteil darstellt. Auch durch eine Reihe von Militäraktionen in der Dritten Welt, vor allem in Afghanistan, hat die Sowjetunion den Boden der Vereinbarungen von 1972 verlassen.

In den Vereinigten Staaten werden deshalb rüstungspolitische und strategische Konsequenzen gezogen. Für Europa bedeutet dies den auf Drängen der europäischen Bündnispartner entstandenen Doppelbeschluß der NATO. Sein Ziel ist die Wiederherstellung des eurostrategischen Gleichgewichts primär durch Abrüstungsverhandlungen. Falls dies mißlingt, werden in Westeuropa Waffen mit Reichweiten bis tief in die Sowjetunion hinein stationiert. Der Frieden erfordert in der Tat das, worauf sich Breschnew festgelegt hatte: Annähernde Gleichheit und Parität. Das heißt mit anderen Worten: Westliche Überlegenheit anzustreben, wie es einige amerikanische Politiker vor einem knappen Jahr noch getan haben, würde den Frieden zweifellos nicht sicherer machen. Nur, umgekehrt vermögen auch einseitige Abrüstungsvorleistungen dies nicht zu leisten.

Die Erfahrung der siebziger Jahre zeigt, daß der damalige Verzicht der Amerikaner auf die Wehrpflicht, auf den neuen Langstreckenbomber B-1 und die Zurückstellung der Neutronenwaffe nur mit dem Aufbau der sowjetischen Überlegenheit im eurostrategischen Bereich beantwortet wurde. Das alles sind wohlbekannte Fakten. Und dennoch müssen sie immer wieder ins Bewußtsein gerufen werden. Wir haben ja hier auf dem Kirchentag viele sehr engagierte, ernstlich besorgte jüngere und ältere Menschen erlebt und auch ihre Forderungen gehört: Frieden schaffen ohne Waffen.

Das ist eine Problemanzeige, aber es ist keine Problemlösung. Wer einseitige Abrüstungsschritte verlangt, der verwechselt den Entscheidungsspielraum des einzelnen mit dem einer Regierung. Wenn einer für sich persönlich als Anhänger einer Friedenskirche, als Quäker oder als ernster Bibelforscher allen Verfolgten und vom Krieg Heimgesuchten hilft, sich selbst aber an keiner Maßnahme zum Selbstschutz beteiligt und die Folgen einer so konsequenten Haltung unter jeder politischen Ordnung auf sich nimmt, dann setzt er damit ein großes Zeichen. Weil wir die Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen hoch respektieren, haben wir sie unter den Schutz der Verfassung gestellt. Wir haben dies getan, damit der einzelne sich in seinem Gewissen so soll entscheiden können, da die sozial-ethische Entscheidung des Staates im ganzen so nicht lauten kann. Der einzelne kann den Wehrdienst verweigern, aber der Staat kann die Landesverteidigung nicht verweigern. Die Regierung ist zum Schutz des Friedens und der Freiheit ihrer Bürger verpflichtet. Und wir werden die Pflicht zur Landesverteidigung durch den Staat meiner Meinung nach dann besser verständlich machen können, wenn wir diesen Unterschied in der sozial-ethischen Entscheidung zwischen dem einzelnen und dem Staat im ganzen ernst nehmen und wenn wir dem einzelnen seine sozial-ethische Entscheidung auch wirklich lassen und nicht streitig machen.

Verantwortliche Landesverteidigung ist für uns im nationalen Alleingang nicht möglich, sondern nur im Rahmen des Atlantischen Bündnisses. Auch das ist eine alte Erfahrung. Dennoch ist dies nicht einfach die Folge atlantischer Verklärung oder sturer Gewohnheit, sondern das Ergebnis nüchterner Abwägung deutscher Interessen und Zielvorstellung. Es ist die Frage von Machtverhältnissen und von Waffenarsenalen, aber nicht nur davon. Denn etwas anderes und Entscheidendes kommt hinzu, und ich meine, das darf und muß man gerade auch aus Berliner Sicht immer wieder ins Gedächtnis rufen. Natürlich sind wir nicht mit jedem Zungenschlag einverstanden, den wir aus Amerika hören. Wir haben in der Mitte Europas oft einen anderen täglichen Blickpunkt als Leute im Mittleren und Fernen Westen der USA. Auch sind wir keine Befehlsempfänger im Bündnis, sondern selbständige Partner. Aber wir sind Partner auf der Grundlage einer tiefen inneren Übereinstimmung in den Werten und Zielen der Freiheit. In Berlin wurden bald nach dem Krieg aus Feinden Freunde, als Amerikaner und Deutsche in gegenseitigem Respekt zusammenfanden, um die bedrohte Freiheit gegen Blockade und Ultimatum zu schützen. Da mögen zunächst Interessen im Spiel gewesen sein, aber der Respekt aufgrund der beiderseitigen Grundüberzeugung hat sich entwickelt und ist geblieben.

In Berlin hat Außenminister Haig vor ein paar Monaten die amerikanische Haltung zur Freiheit mit den Worten Voltaires beschrieben:

„Du bist anderer Meinung als ich,
aber ich werde dein Recht dazu
bis in den Tod verteidigen.“

Das ist es, was dem Bündnis seinen inneren Bestand gibt. Das ist es, was dem Bündnis nach außen den Respekt erzeugt, und zwar einen Respekt, der den Frieden nicht weniger sichert, als es die Waffen selbst tun. Daran müssen wir uns orientieren. Nur, wenn wir diese Orientierung behalten, können wir auch unsere Meinungsverschiedenheiten über die richtige politische und strategische Linie innerhalb des Bündnisses immer wieder austragen und beilegen. Die Marschroute für das Atlantische Bündnis ist seit Jahren unverändert. Verteidigung und Entspannung sind die beiden untrennbaren Aufgaben der Friedenssicherung. Es darf keinen Zweifel an der Verteidigungsfähigkeit geben, sonst entsteht Unsicherheit und schließlich ein Vakuum, das den Frieden nicht schützt, sondern gefährdet. Aber Verteidigung ist noch nie nur ein Selbstzweck gewesen. Auf ihrer Grundlage geht es um eine aktive Ost- und Deutschlandpolitik. Uns liegen die Deutschen in Ost-Berlin und in der DDR besonders am Herzen. Von ihnen lernen wir immer wieder, daß Frieden mehr ist als das Schweigen von Waffen, daß es vielmehr um den Inhalt des Friedens geht, das heißt um die Würde des Menschen und um seine Rechte. Wenn wir in Fragen der innerdeutschen Beziehungen im unklaren über den richtigen Weg sind, müssen wir uns in erster Linie an dem orientieren, was die Deutschen in der DDR dazu denken. Jeder von uns hat die Möglichkeit, dies festzustellen. Es war deshalb für mich keinen

Moment zweifelhaft, daß der Bundeskanzler, als er bei seinem dritten Anlauf nun wirklich in die DDR reisen konnte, trotz der Ereignisse in Polen, seine Reise nicht abbrechen durfte. Das hätten die Deutschen drüben – denen es darum ging, den Bundeskanzler aus Bonn bei sich zu sehen – nach den zwei Enttäuschungen zuvor nicht verstanden.

IV. Polen

Aktive Ostpolitik bezieht sich auf die Verbündeten Moskaus im Warschauer Pakt; denn sie sind Europäer wie wir und teilen mit uns die Sorge um den Frieden. Damit sind wir bei unserem wichtigsten außenpolitischen Sorgenpunkt: Bei den Polen. Wir Deutsche und besonders wir Berliner – weniger als hundert Kilometer von den Polen entfernt – haben im Blick auf unsere Geschichte allen Grund, daran zu denken, wie sich unsere Haltung von Polen her gesehen ausnimmt. Wenn wir unter Deutschen aus Ost und West zusammensitzen, dann müssen wir untereinander und öffentlich so sprechen, daß wir vor den Polen bestehen können, nicht aber in einer Weise, daß die Polen uns quasi mit geballten Fäusten in der Tasche beobachten müssen.

Wenn wir uns um gute Nachbarschaft bemühen zwischen den beiden deutschen Staaten, dann muß dies in einer Form geschehen, die klarmacht, daß dies nicht Hand in Hand gehen darf mit dem Eindruck einer schlechten Nachbarschaft gegenüber Polen. Es ist für jeden, der sich in den letzten fünfzehn Jahren mit der Entwicklung in Polen befaßt hat, schwer genug, hier die richtigen Worte zu finden. Aber es ist unsere Pflicht, unserem Empfinden gemäß klar beim Namen zu nennen, daß das Kriegsrecht dem Selbstbestimmungsrecht der Polen widerspricht, und daß es sie demütigt. Und alle Polen, die unter dem Kriegsrecht leiden, wissen sehr wohl, daß weder Kriegsrecht noch „Solidarität“ und ebensowenig die polnische Arbeiterpartei bei ihnen existieren würden, wenn Hitler nicht im Jahre 1939 dort eingefallen wäre. Das Kriegsrecht und die Verletzung der Menschenrechte widersprechen der Schlußakte von Helsinki. Es ist keine unzulässige Einmischung, sondern es ist unser Recht und unsere Aufgabe als Signatarstaat der Schlußakte von Helsinki, sich hierauf zu berufen und die Einhaltung einzufordern. Wir haben in Berlin im übrigen Anlaß genug, nicht nur Worte zu machen, sondern mit den vielen Polen, die bei uns sind, in bezug auf Asylanträge und Beschäftigungsmöglichkeiten dasjenige beizutragen, was in unseren schwachen Kräften liegt. Darüber hinaus müssen wir helfen, die aktuelle Not in Polen zu lindern.

Was die Sowjetunion anbetrifft, so wissen wir, daß sie seit vielen Monaten auf Polen Druck ausgeübt hat, um die Freiheiten wieder zu beseitigen, welche die politische Reform der Bevölkerung gebracht hat. Wir können die Sowjetunion am Druck in ihrem Machtbereich nicht hindern, aber wir haben auch keinen Grund zu verschweigen, daß sie diesen Druck nur um einen hohen Preis ausüben kann. Wie dieser Preis im einzelnen aussieht, darüber muß sich der Westen bald klarwerden. Dieser Preis kann nicht darin bestehen, auf den Fortgang der Genfer Konferenz oder anderer Abrüstungsverhandlungen zu verzichten. Es wäre in meinen Augen töricht, auf eine Verletzung der Menschenrechte und des Friedens, wie sie das Kriegsrecht in Polen darstellt, mit einem Verzicht auf friedenssichernde Maßnahmen in Ost und West zu antworten. Die Vereinigten Staaten haben wirtschaftliche Sanktionen verhängt und einen Katalog westlicher Maßnahmen angeregt. Ich meine, daß die europäische und vor allem auch die deutsche Politik die Aufgabe hat, die einzelnen Vorschläge sachlich zu prüfen, ob sie in bezug auf die Verdeutlichung des Preises für die Sowjetunion eine hilfreiche Sprache sprechen oder ob sie für die langfristige Entwicklung in Europa eher kontraproduktiv wirken.

Die Sowjetunion wird viele wirtschaftliche Nachteile in Kauf nehmen, weil ihr die Verhältnisse im eigenen Machtbereich immer vordringlich bleiben werden. Dennoch können wir Deutsche, wenn es um Wirtschaftsbeziehungen geht, nicht einfach erklären: „Business is Business“; das hat mit Politik nichts zu tun! Selbstverständlich hat „Business“ mit Politik zu tun, selbstverständlich müssen wir auch bereit sein, auf etwaige wirtschaftliche Vorteile dann zu verzichten, wenn wir feststellen müssen, daß sie zur Beschreibung und Wirkung des Preises gegenüber der Sowjetunion geeignet sind.

Aber es gibt nicht nur wirtschaftliche, es gibt auch substantielle politische Sanktionen. Die Sowjetunion hat in den vergangenen Jahren die größten Anstrengungen unternommen, um im Westen als Friedensmacht Anerkennung zu gewinnen. Sie hat dabei erhebliche Erfolge erzielt. Es gilt, ihr klarzumachen, daß sie dabei ist, diese Erfolge zu verspielen, wenn sich ihr Druck auf Polen fortsetzt.

Die Haltung der deutschen Politik hat sich dem Mißverständnis der Beschwichtigung ausgesetzt. Der Weg zur Korrektur ist beschritten. Er muß energisch weitergegangen werden. Ich denke, wir alle wissen, daß die Reaktion des Auslandes – und nicht nur des amerikanischen; die französische Reaktion ist vielleicht fast noch charakteristischer – auf das, was wir zur Entwicklung in Polen sagen, immer zugleich auch gekennzeichnet ist von dem, was unsere Nachbarn und Partner langfristig sich in bezug auf die Entwicklung der deutschen Politik vorstellen.

Ich glaube nicht, daß die vielen französischen Spekulationen, ob hinter der deutschen Haltung eine lebendige Entwicklung auf Wiedervereinigung vorhanden sei, sehr lange fortleben. Aber sie sind Ausdruck dessen, was man bei unseren Nachbarländern denkt. Die französische Politik ist in den letzten Monaten dadurch gekennzeichnet gewesen, daß man dort plötzlich eine sehr viel stärkere Hinwendung zu den atlantischen Grundsätzen verspüren konnte. Das hat seine Ursache vor allem darin, daß die relative Distanz der Franzosen gegenüber dem Atlantischen Bündnis immer auf der Annahme beruhte, daß das Atlantische Bündnis seine Funktion voll erfüllte. Beginnende Zweifel darüber, wie es eigentlich mit der Sicherheit der deutschen Position auf diesem Gebiet steht, stehen nunmehr Pate bei einer Reatlantisierung der französischen Position. Wir dürfen uns nicht mit der Führung des Nachweises begnügen, daß das, was französische und amerikanische Zeitungen schreiben, objektiv falsch ist. Es ist vielmehr ein wichtiger Faktor, was dort gedacht wird. Und ich meine, diese letzten Wochen seit dem 13. Dezember waren für uns alle eine wichtige Lehre. Denn wir können nicht isoliert von den Argumenten und Gefühlen unserer westlichen Verbündeten unsere eigene Außenpolitik betreiben.

Wenn man heute in den Zeitungen liest und mit Politikern der verschiedenen Länder spricht, so gewinnt man in der Tat den Eindruck, daß es im Westen zur Zeit besonders schwierig ist. Wenn man das östliche und das westliche Lager betrachtet, kann man mitunter den Eindruck gewinnen, als läge hier ein Wettbewerb wechselseitiger Schwächeanfalle vor. Wir haben im Westen große wirtschaftliche Probleme. Die Regierungen in der Europäischen Gemeinschaft wenden sich wieder stärker ihren nationalen Schwierigkeiten zu, vor allem der Inflation, der Vollbeschäftigung oder der Leistungsbilanz. Nationale Regierungen werden nicht in der Europäischen Gemeinschaft, sondern zu Hause gewählt. Dort sind sie verwundbar. Infolgedessen suchen sie alle miteinander allzu oft die Schuld bei „Europa“, anstatt sie dort zu suchen, wo sie viel eher zu finden ist, nämlich bei sich im eigenen Haus. Die nationalen Regierungen sind nahezu in allen Mitgliedsländern in bezug auf ihre Handlungskraft schwächer als vor einigen Jahren.

Wir tun uns immer schwerer, uns zu einigen. Wir erweitern die Europäische Gemeinschaft, ohne sie gleichzeitig zu vertiefen. Ein einiges Europa hat politisches Gewicht, aber es findet schlecht zusammen. Und innerhalb der NATO hatte man doch den Eindruck: Die wichtigste Entlastung, die die Russen nach ihrem Einmarsch in Afghanistan gefunden hatten, war die Uneinigkeit im Westen. Manche haben nun die Befürchtung: Die wichtigste Entlastung für den Druck auf Polen könne wiederum in der Uneinigkeit im Westen bestehen. Es gilt dies zu verhindern, und wir haben auch die Möglichkeit, dies zu verhindern; denn wir verfügen über ein freiheitliches System, das zur Offenheit zwingt, das Kritik nicht abwehrt und das infolgedessen lernfähig macht. Die Schwäche des sowjetischen Systems ist gegenüber dem Westen eine qualitativ weit schwerwiegendere. Natürlich gibt es dort gewaltige Machtmittel. Natürlich besteht dort die Fähigkeit zum politischen Handeln ohne „lästige“ demokratische Diskussionsrunden. Aber hinter dieser scheinbaren, abgeschirmten Stärke steht der völlige Mangel an Freiheit, an Kontrolle und an Lernfähigkeit. Die Entwicklung, die wir in Polen erleben, ist für die Polen ein schweres Schicksal. Sie ist etwas, was die allerwenigsten von uns vor fünf oder zehn Jahren für möglich gehalten hätten. Historisch gesprochen ist sie Ausdruck der Tatsache, daß die Machtmittel zur Aufrechterhaltung der inneren Strukturgrundlagen im sowjetischen Herrschaftsbereich auf Sand gebaut sind.

Natürlich sage ich nicht, daß das sowjetische Herrschaftssystem im Laufe der nächsten Wochen, Monate oder Jahre zusammenbrechen wird. Aber ich meine, wir haben auch Grund, unsere eigenen Schwächen im westlichen Lager zu relativieren und daraus den Schluß zu ziehen, daß wir auf die lange historische Perspektive hin eine erfolgsversprechende Aufgabe vor uns haben. Wir müssen unseren Beitrag leisten, den Frieden zu sichern, und dürfen der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und ihren Verbündeten nicht aus dem Wege gehen. Zugleich aber können wir der Sowjetunion nicht ersparen, daß sie den Weg weitergehen muß, dessen Kennzeichen in Polen für uns alle von einer entscheidenden Bedeutung ist.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einige Schlußbemerkungen zur langfristigen Entwicklung im geteilten Deutschland anfügen. Deutschlandpolitisch tun wir dann das Richtige, wenn wir unsere Kraft darauf konzentrieren, unsere Aufgaben in Europa, im Atlantischen Bündnis und hinsichtlich einer aktiven Ostpolitik so vernünftig wie möglich zu erfüllen. Denn bis wir unser Verfassungsziel erreicht haben werden, die Einheit in Freiheit zu vollenden, wird noch viel Zeit vergehen. Ich sage dies, obwohl ich gleichzeitig das Gefühl habe, daß die getrennten Teile Deutschlands im Lauf der letzten Jahre einander innerlich wieder näher gekommen sind. Ich komme oft nach Ost-Berlin und in die DDR. Ich habe Gelegenheit, mit den unterschiedlichsten Menschen dort drüben zu sprechen. Natürlich ist die Politik hüben und drüben so unterschiedlich, wie sie es immer war. Aber die Gespräche sind offener geworden. Die Art und Weise, wie sich die Menschen über die Politik unterhalten, hat wieder mehr als vor 15 Jahren miteinander zu tun. Drüben ist eine Regierung eingesetzt, bei uns ist sie gewählt. Hüben und drüben aber ist der Ton der Menschen, wie sie über ihre Politik sprechen, freier und aktiver geworden. In stärkerem Maß als in den sechziger Jahren gibt diese Beobachtung Anlaß zur Vermutung, daß wir uns nicht auseinanderleben.

Wir können nicht eine Politik der Wiedervereinigung in einem kurzfristigen Sinn betreiben. Die Politik, die wir brauchen, ist die Mitwirkung im Bündnis, die Mitarbeit in Europa und die Politik einer auf Gleichgewicht und Verteidigungsbereitschaft beruhenden Entspannung. Dies ist eine Politik, bei der wir allen internen und bündnis-internen Schwächen zum Trotz keinerlei Grund haben, kleinmütig zu werden oder Zuversicht zu verlieren. Die Schwierigkeiten, die es auf der anderen Seite gibt, sind größer. Diese Schwierigkeiten in einem Sinn politisch zu operationalisieren, der den Frieden wahrt, der nicht provoziert und der dennoch die sich abzeichnenden langfristigen Entwicklungstendenzen fördert, darin sehe ich den eigentlichen Kern dessen, was wir außenpolitisch zu tun haben. Die Entspannungspolitik ist als ein dynamischer Prozeß angelegt worden. Wir haben heute keinerlei Veranlassung, die Sowjetunion aus dieser Dynamik zu entlassen.

Ich danke Ihnen.

